53. Jahrgang. № 119. Freitag, 30. April 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen geliefert. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf., Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite (gem. 30 Pf.), die zweispaltige Zeile a. Zeitseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jeder Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v Sachsen. | **Carola-Chocolade.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Heinsius-Schliesser beste Türschliesser der Welt liefert nur Sächs. Automaten- & Türschliesser-A.-G. Dresden, Hopfgartenstrasse 28. Fernsprecher 836. • Reparaturen billigst. Türe zu!

Aelteste Spezialfabrik für **Klosetts und Klosettanlagen** Friedrich Gappisch :: :: :: 11 Marienstrasse 11. :: :: ::

Kräutersäfte zur Frühlingskur, täglich frisch gepresst. Konzentr. Kräutersaft, haltbar für Versand. Flasche 2 Mark. Prospekte gratis. Königl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.

Vollständige Reise-Ausrüstungen liefert **Robert Kunze,** Altmarkt — Rathaus und Prager Str. 30.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Ziemlich kühl, veränderlich.

Der Dresdner Stadtrat ist den abweichenden Beschlüssen, sowie den Anträgen der Stadtverordneten zu der Straßenbahnvorlage allenthalben beigetreten.

In der gestrigen Sitzung der Finanzkommission des Reichstages erklärte Staatssekretär Sydow, nach Ansicht der verbündeten Regierungen sei die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Kinder und Ehegatten ein wesentlicher Bestandteil der Reichsfinanzreform; als Ersatz für die Erbanfallsteuer sei die Steuer auf Immobilien nicht denkbar.

Der Reichstag beschäftigte sich gestern mit der sozialdemokratischen Interpellation betr. Wohlfahrtskassen von Unternehmern.

Der Bundesrat erteilte gestern der Vorlage betr. die Prägung von 25-Pfennigstücken seine Zustimmung.

Der Fehlbetrag im Reichsetat für das Rechnungsjahr 1908 beläuft sich auf etwa 180 Millionen Mark.

Das englische und das italienische Königspaar sind gestern in Baja zusammengetroffen.

Das englische Jahresbudget 1908/09 schließt mit einem Defizit von 714 000 Pfund Sterling ab.

Die deutsch-französischen Beziehungen

bildeten den Gegenstand eines Vortrages, den der französische Senator Baron Paul Henri Benjamin d'Estournelles de Constant de Rebecque vorgestern im preußischen Herrenhause gehalten hat. Die Einladung an das bekannte französische Senatsmitglied war von dem Zentralkomitee für eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich ausgegangen. In der Versammlung waren zahlreiche hervorragende Staatsmänner, Parlamentarier und Diplomaten zugegen, und der Umstand, daß auch das Auswärtige Amt einen Vertreter entsandt hatte, legte Zeugnis ab von der das gewöhnliche Alltagsinteresse überragenden Bedeutung, die man an maßgebender Stelle dem Vortrage zuschrieb. In der Tat muß es allgemein als ein bemerkenswerter Vorgang empfunden werden, daß eine Persönlichkeit, die in der französischen Politik und Gesellschaft eine so hervorragende Stellung einnimmt, in der deutschen Reichshauptstadt mit der größten Herzlichkeit und Wärme des Empfindens für die endgültige Aussöhnung der beiden großen Nachbarvölker eintritt. Baron d'Estournelles, der sich in seinem Vaterlande des größten Ansehens erfreut, hat sich hervorragende Verdienste um die Förderung des Schiedsgerichtsgedankens erworben und ist unermüdlich in diesem Sinne tätig gewesen. Dabei hat er stets den Abschluß eines Schiedsgerichtsvertrages auch zwischen Deutschland und Frankreich als die Krönung des ganzen Systems im Auge behalten und sich hierüber folgendermaßen geäußert: „Ich glaube, daß ein solches Abkommen für das Wohl beider Länder und für die Kultur selbst unumgänglich notwendig ist, und werde nicht eher zufrieden sein, als an dem Tage, an dem unsere beiden Länder besser als gegenwärtig ihre gemeinsamen Interessen erfassen und durch gegenseitige Zugeständnisse zu vollständiger und endgültiger Versöhnung gelangen werden." Baron d'Estournelles erfreut sich auch der besonderen Gunst Kaiser Wilhelms II., die u. a. durch die vor einigen Jahren erfolgte Einladung zur Kieler Woche und durch ein huldvolles Glückwunschtelegramm aus Anlaß der Wahl des Barons in den Senat zum Ausdruck kam.

Wenn eine so ausgezeichnete Persönlichkeit auf deutschem Boden selbst inmitten einer illustren Versammlung deutscher Staatsmänner, Parlamentarier und Diplomaten seine autoritative Stimme für die Beseitigung des alten Grolls zwischen Deutschland und Frankreich bis auf den letzten Rest erhebt und dabei von seinen eigenen Landsleuten keinen leidenschaftlichen Widerspruch erfährt, so wiegt diese Tatsache schon für sich allein schwer genug, um die Veränderung, die im Laufe von 37 Jahren nach der günstigen Seite hin in dem deutsch-französischen Verhältnis eingetreten ist, zur Erkenntnis zu bringen. Als noch der alte Gambetta-Geist unumschränkt über unsere Nachbarn jenseits der Vogesen seine Geißel schwang, war es schlechterdings unmöglich, der Stimme der politischen Vernunft überhaupt irgendwelches Gehör zu verschaffen. Aus jener Zeit stammt der Ausdruck „Vogesen-Hypnotismus", zur Bezeichnung des eigentümlichen psychologischen Zustandes, der die Franzosen unausgesetzt auf das „Loch in den Vogesen" starren und sie um der Revanche willen alles andere vergessen und ihre klarsten, nationalen Interessen in der auswärtigen Politik für den einen Zweck der Demütigung Deutschlands und der Rückgewinnung der verlorenen Provinzen auf das Spiel setzen ließ. Damals stand der Friede zwischen Deutschland und Frankreich eigentlich fortgesetzt auf des Messers Schneide und wir mußten stets das Gefühl haben, daß Frankreich nur auf die erste beste Gelegenheit warte, um seine Rechnung mit uns zu begleichen.

Die unerschütterliche Ruhe und Mäßigung Deutschlands hinderte aber in Verbindung mit seiner imponierenden Waffenmacht trotz aller Krisen den Ausbruch des bewaffneten Konfliktes, und je länger der Tag der Revanche hinausgeschoben wurde, desto stärker machte sich auch in besonnenen französischen Kreisen das Gefühl für die hochgradige Unvernunft eines ewigen Spannungsverhältnisses zwischen den beiden Staaten geltend. Endlich kam es so weit, daß zuerst nur schüchtern und vereinzelt, dann zahlreicher und nachdrücklicher sich gewichtige Stimmen für eine deutsch-französische Annäherung erheben konnten, ohne jenseits der Vogesen sofort niedergeschrien und mit allen Mitteln eines verblendeten Chauvinismus unterdrückt zu werden. Der jetzige Vortrag des Barons d'Estournelles in Berlin ist ohne Zweifel ein großer Erfolg, den die gegenseitige Annäherungsbewegung erzielt hat, und es kann für die fernere Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen sicher nur von Vorteil sein, wenn die von wirklich ernsthafter freundnachbarlicher Versöhnlichkeit getragenen Ausführungen des französischen Schiedsgerichts- und Friedensapostels über die Bedeutung einer deutsch-französischen Annäherung für den Weltfrieden in beiden Staaten die weiteste Verbreitung finden und gründlich gewürdigt werden. Gewiß ist es richtig, daß eine endgültige Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich nicht jeden Krieg verhindern würde. Wohl aber wäre sie eine weitere erhebliche Verstärkung der allgemeinen Friedensbürgschaften insofern, als dadurch die Gefahr der Ausbreitung eines Krieges zwischen zwei anderen Mächten auf den ganzen Kontinent erheblich vermindert und insbesondere das Schreckgespenst eines deutsch-englischen Zusammenstoßes so sehr in den Hintergrund gedrängt würde, daß es die Welt kaum noch ernstlich beunruhigen könnte.

Es kann daher keinem Zweifel unterliegen, daß man der endgültigen Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich den Wert eines über die Grenze der beiden unmittelbar beteiligten Staaten weit hinausreichenden allgemeinen kulturellen Ereignisses beimessen muß. Dadurch dürfen wir uns aber nicht dazu verleiten lassen, die bis jetzt nach dieser Richtung erzielten Erfolge in ihrer Wirksamkeit zu überschätzen. Es liegt vielmehr im Interesse der großen Sache, daß wir ruhiges Blut behalten und, wenn auch nicht kühl, so doch vorurteilslos den Tatsachen ins Auge sehen. Von diesem Standpunkt aus kann es keine unbedingte Zustimmung finden, wenn in einem Artikel der „Kölnischen Zeitung" die Erwartung ausgesprochen wird, daß mit dem Vortrag des Barons d'Estournelles die deutsch-französischen Beziehungen „in eine neue Phase träten". Das ist doch wohl zu viel gesagt. Die Berliner Kundgebung faßt lediglich die bisherige Entwicklung der Annäherungsbewegung in einen anschaulichen, markanten Ausdruck zusammen, und die weitere Gestaltung des deutsch-französischen Verhältnisses wird davon abhängen, ob auch unsere westlichen Nachbarn, ebenso wie wir, bereit sind, die Forderung des Barons d'Estournelles, daß die Annäherung „aufrichtig und ohne Hintergedanken" verwirklicht werden müsse, vorbehaltlos zu erfüllen. In dieser Hinsicht aber haben wir bis jetzt wenigstens noch keine besonders befriedigenden Erfahrungen gemacht. Deutschland ist bislang den Franzosen gegenüber ausschließlich der gebende Teil gewesen und hat in dem ganzen Verlaufe der Annäherungsbestrebungen auch nicht eine einzige greifbare Gegenleistung erhalten. Bei alledem haben wir noch nicht einmal aufrichtige platonische Dankbarkeit von französischer Seite zu kosten bekommen, sondern regelmäßig hat jede neue Nachgiebigkeit unsererseits nur den Erfolg gehabt, die Begehrlichkeit unserer westlichen Nachbarn zu steigern und den Appetit nach einer Revision des Frankfurter Friedens im Sinne der Aufrollung einer elsaß-lothringischen Frage rege zu machen. Sogar bei unserem letzten großen Entgegenkommen in der marokkanischen Frage konnte ein Teil der französischen Presse es sich nicht versagen, darauf hinzuweisen, daß alle deutsche Liebenswürdigkeit nichts nütze, so lange nicht über Elsaß-Lothringen ein die französischen Wünsche befriedigendes Uebereinkommen erzielt sei. Gegen diese unaufhörlich erneuerten Versuche, eine elsaß-lothringische „Frage" zu konstruieren, die es für uns überhaupt nicht gibt und niemals geben kann, wenn wir nicht an den Grundlagen unserer nationalen Existenz rütteln wollen, muß von deutscher Seite mit allem Nachdruck Verwahrung eingelegt werden. Je klarer und unzweifelhafter wir die Tatsache feststellen, daß eine endgültige deutsch-französische Aussöhnung niemals mit dem Preise der Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich bezahlt werden kann, desto besser wird es für die wirklich erreichbaren Ziele der Annäherung sein, die dadurch vor der Gefahr einer illusionären Verschleierung bewahrt bleiben. Der Frankfurter Friedensvertrag ist in seiner territorialen Grundlage unerschütterlich: an diesen kategorischen Imperativ muß sich die nationale öffentliche Meinung Frankreichs unbedingt gewöhnen, wenn sie mit Deutschland zu einem freundnachbarlichen, nicht bloß kühl-korrekten Verhältnis gelangen will. Doch auch so vermag Frankreich aus einer völligen Aussöhnung mit Deutschland so erheblichen Vorteil zu ziehen, namentlich in kommerzieller Hinsicht durch Abschluß eines Tarifvertrages und auf dem Gebiete der Kolonialpolitik, daß das richtig verstandene realpolitische Interesse der französischen Nation ihre Staatsmänner vernünftigerweise veranlassen müßte, „aufrichtig und ohne Hintergedanken", d. h. also, ohne Aufwerfung einer für Deutschland unmöglichen elsaß-lothringischen Frage, die gegenseitige Annäherung zu fördern. Unter dieser Voraussetzung wird es keinen deutschen Patrioten geben, der nicht mit voller Ueberzeugung für eine deutsch-französische Aussöhnung einträte und in dem Abschluß eines Schiedsgerichtsvertrages zwischen beiden Staaten ein Ziel, aufs innigste zu wünschen, erblickte.

Die Reichswertzuwachssteuer.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Finanzkommission verhandelte heute, wie bereits im Abendblatte kurz mitgeteilt, über den **Antrag der Konservativen betreffend Wertzuwachssteuer für Immobilien und Wertpapiere** als Ersatz für die Nachlaßsteuer.

Erklärung der Reichsregierung.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes Sydow gab dazu folgende Erklärung ab: Er sei bereit, in die Bearbeitung der Wertzuwachssteuer einzutreten. Für die Wertpapiere habe diese Steuer jedoch die schwersten sachlichen Bedenken, und der Ertrag der Wertzuwachssteuer auf Immobilien würde so gering sein, daß er als Ersatz nicht anzusehen sei. Was ergäben sich daraus für Konsequenzen? Einig ist die Regierung mit der Kommission, daß 100 Millionen Mark Steuern auf den Besitz zu legen sind. Die Erbschaftssteuer ergibt nicht den vollen Betrag. Die Lücke ist vielleicht durch eine Steuer auf den Wertzuwachs für Immobilien auszufüllen. Die Meinung der verbündeten Regierungen ist folgende: Die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Kinder und Ehegatten ist ein wesentlicher Bestandteil der Finanzreform, ohne den diese weder zustande kommen wird, noch kann.

Die Verhandlungen über die Wertzuwachssteuer kamen heute nicht zum Abschluß. Zur Abstimmung wird es morgen kommen. Voraussichtlich wird der Antrag der Konservativen mit Stimmengleichheit abgelehnt werden, indem für ihn die acht Kommissionsstimmen des Zentrums, die vier Stimmen der Deutschkonservativen und die zwei polnischen Stimmen zu rechnen sind, auf der anderen Seite die 14 Stimmen der Reichspartei, der Liberalen und der Wirtschaftlichen Vereinigung. Auf den Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung, der die Zuwachssteuer auf Immobilien und Wertpapiere, aber nicht als Ersatz für die Erbanfallsteuer fordert, dürften nach dem bisherigen Verlaufe der Beratung zu den 14 Stimmen des konservativen Antrages zwei Stimmen der Wirtschaftlichen Vereinigung fallen, also eine Mehrheit von 16 gegen 12 Stimmen.

Anträge der Parteien.

Außer dem erwähnten Antrage der Wirtschaftlichen Vereinigung lagen noch mehrere andere Anträge vor. Die Nationalliberalen beantragen, an Stelle des konservativen Antrages zu beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine Vorlage auszuarbeiten, in der das bestehende Erbschaftssteuergesetz erweitert und gleichzeitig die Deszendenten und Ehegatten in unbeerbter Ehe zur Erbschaftssteuer mit möglichstem Vermeiden lästigen Eindringens in die Familienverhältnisse herangezogen werden, und, soweit durch diese Vorlage nicht ein Betrag von mindestens 100 Millionen Mark aufgebracht wird, einen weiteren Entwurf eines Gesetzes zur Besteuerung des Wertzuwachses an Immobilien im Deutschen Reiche vorzulegen. Die Freisinnigen beantragen, unter Ablehnung des konservativen Antrages die Regierungen zu ersuchen: 1. dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Besteuerung der Erbanfälle an Deszendenten und Ehegatten vorsieht; 2. einen Gesetzentwurf auszuarbei-